

## Positionspapier- Thüringer Landesfrauenrat gegen Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Die letzten Wochen und Monate sind geprägt, durch die Berichterstattung zur NSU (Nationalsozialistischer Untergrund) und deren Morde und Gewalttaten in den letzten 12 Jahren. Wir alle waren geschockt von dem Ausmaß und der Brutalität der Taten. Dabei ist uns bewusst- die Taten der NSU sind nur die Spitze des Eisbergs. Die Entstehung solcher menschenverachtenden Handlungen liegt tief in unserer Gesellschaft verankert. Nicht nur, dass die Morde der NSU an sich erschreckend sind, auch die Tatsache, dass die TäterInnen so lange unentdeckt blieben, dass nicht einmal der rechtsextremistische Hintergrund der Taten erkannt wurde zeigt wie groß das Problem in unserer Gesellschaft ist. Oftmals sind sogar Familienangehörige der Opfer verdächtigt wurden. Alltagsrassismus und Diskriminierung werden in unserer Gesellschaft oft nicht wahr genommen. Es fehlt an Sensibilisierung in vielen Teilen der Bevölkerung, in der Verwaltung, bei der Polizei, bei Vereinen und Verbänden, auch deshalb haben die Verantwortlichen nicht erkannt, was da in Gestalt der NSU in Deutschland umging.

Ein Problem der Auseinandersetzung ist die gerade auch in den letzten Monaten wieder heftig diskutierte Extremismusdebatte. D.h. Die Grobeinteilung der Gesellschaft in Linksextremismus- Mitte-Rechtsextremismus. Wir als Landesfrauenrat halten diese Art der Auseinandersetzung für unzureichend. Nicht nur, dass nicht klar ist, wo Extremismus anfängt und die Mitte beginnt, auch die Definitionen von Links- und Rechtsextremismus sind unvollständig, teilweise unklar und rufen oft mehr Fragen hervor, als dass sie Antworten geben.

Die Qualität, die Humanität einer Gesellschaft, erkennt man an ihrem Umgang mit schwachen Gruppen. Da wir als Landesfrauenrat aus unterschiedlichen Gründen meinen, dass wir uns ernsthaft mit dem Klima in unserer Gesellschaft auseinandersetzen müssen, machen wir es uns zur Aufgabe, uns vor allem mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF) und der Ideologie der Ungleichwertigkeit von Menschen zu beschäftigen.<sup>1</sup> Dabei ist uns klar, dass diese

---

<sup>1</sup> Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit umfasst verschiedene Einstellungen, die Feindlichkeit gegenüber Gruppen anderer Menschen ausdrücken. Die einzelnen Ausprägungen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit sind (nach Heitmeyer): Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Etabliertenvorrechte (d.h., dass diejenigen, die zuerst da sind, mehr Rechte haben sollen als etwa Zugezogene), Sexismus und Heterophobie (d.h. Angst vor Menschen, die von der Mehrheitsgesellschaft als „anders“ definiert werden, z.B. Homosexuelle, Behinderte oder Obdachlose) Das Forschungsprojekt „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ (GMF) basiert auf einer jährlichen repräsentativen Umfrage. Darin geht es um die Einstellungen deutscher Bürgerinnen und Bürger gegenüber Outgroups (Fremdgruppen). Im Mittelpunkt des Interesses steht dabei die Beobachtung des Syndroms der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ (GMF). Darunter versteht man die Abwertung von als „anders“, „fremd“ oder „nicht zugehörig“ wahrgenommenen Gruppen. Es geht dabei nicht um das individuelle Verhältnis zwischen einzelnen Personen; die Abwertung richtet sich immer gegen spezifische Gruppen. Ein besonderes Merkmal: die Spannweite der Gruppen, die abgewertet werden. Nicht ausschließlich Menschen nichtdeutscher Herkunft werden ausgegrenzt und diskriminiert. Auch Obdachlose oder Homosexuelle können zur Zielscheibe

Auseinandersetzung auch ein kritischer Blick auf uns selbst und unsere Organisationen sein muss. Desweiteren sind wir überzeugt, dass wir das Problem der alten und neuen Nazis nur bekämpfen können, wenn wir uns der Wurzeln von rassistisch motiviertem Handeln und der daraus entstehenden Gewalt klar werden. Wir müssen Ausgrenzung und Exklusion von unterschiedlichen Gruppen in unserer Gesellschaft entgegenreten und uns einsetzen für eine inklusive Gesellschaft, die für die körperliche und geistige Unversehrtheit ihrer Mitglieder einsteht. Wir müssen aktiv sein gegen Alltagsrassismus und Alltagsdiskriminierung. Wir setzen uns dafür ein, dass die Problematik der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit mehr Beachtung in der Thüringer Politik erfährt.

Aber auch aus verschiedenen anderen Gründen ist die Auseinandersetzung mit GMF für uns als emanzipatorisch arbeitendes Gremium essentiell.

Zum einen ist der Landesfrauenrat als emanzipatorische Vereinigung von Frauenverbänden, demokratischen Parteien etc., Teil des Feindbildes von Nazis und Rechtspopulisten aller Couleur. Im modernen Rechtsextremismus spielt die Kategorie Geschlecht eine signifikante Rolle. Nach wie vor herrscht ein dichotomes Geschlechtermodell vor, Männer und Frauen in der Naziszene orientieren sich sehr häufig an traditionellen Geschlechterrollen. Es handelt sich hierbei um ein biologistisches Modell, das von einer grundsätzlichen, körperlich und genetisch bedingten Verschiedenheit zwischen den Geschlechtern ausgeht. Eigenschaften, Fähigkeiten und soziale Positionen werden qua Geschlecht zugeordnet. Das patriarchale Geschlechterverhältnis stellt hierbei

---

werden, weil sie vermeintlich gegen Normen verstoßen und aus diesem Grund als störend wahrgenommen werden.

Die Forschungsgruppe um Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer bezeichnet Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit als Syndrom, denn: Die Vorurteile gegenüber den unterschiedlichen Gruppen sind eng miteinander verknüpft. Menschen mit Vorurteilen gegenüber einer Gruppe stimmen mit einer hohen Wahrscheinlichkeit auch Vorurteilen gegenüber anderen Gruppen zu. So zeigen z.B. einige Studien, dass Antisemitismus und Islamfeindlichkeit miteinander zusammenhängen.

Die einzelnen Elemente der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit basieren auf einer Ideologie der Ungleichwertigkeit. Diese Ideologie steht in scharfem Gegensatz zu den Werten demokratischer Gesellschaften. Verbale oder physische Gewalt gegen Minderheiten und Schwache bedroht die Grundsätze und Wertvorstellungen einer demokratischen Gemeinschaft. Die Elemente der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit erfüllen dabei die soziale Funktion der Selbstaufwertung durch Abwertung anderer, als fremd wahrgenommener Gruppen.

Die Vorurteils- und Rassismusforschung sieht einen Zusammenhang zwischen der Wahrscheinlichkeit für menschenfeindliche Einstellungen und den sozialen Grundbedingungen. Es lässt sich statistisch belegen, dass beispielsweise ein geringes Bildungsniveau, ein niedriger sozialer Status oder ein Leben in strukturschwachen Regionen die Wahrscheinlichkeit für menschenfeindliche Einstellungen erhöhen. Schlussfolgernd sind Gefühle der Anerkennung und der Gleichwertigkeit eine Voraussetzung für eine tolerante und menschenfreundliche Lebenseinstellung. Bildung und interkulturelle Kontakte erhöhen die Wahrscheinlichkeit, dass Menschen sich in die Situation anderer hineinversetzen und Empathie entwickeln können. Entscheidend dabei ist das Erleben von gegenseitiger Anerkennung. Daraus ergibt sich: Um praktisch, präventiv und langfristig gegen Menschenfeindlichkeit vorzugehen, sollte das Erlernen von Gleichwertigkeit im alltäglichen Leben ermöglicht werden. Ein geeignetes Mittel hierfür bietet das von der Amadeu Antonio Stiftung entwickelte Gleichwertigkeitsaudit.

die Ordnungsinstanz dar und her. Auch wenn Frauen in der Naziszene mittlerweile Positionen und Ämter besetzen, so liegt dem auch weiterhin ein undemokratisches Weltbild zu Grunde, welches von der Ungleichwertigkeit der Menschen geprägt ausgeht.

Wenn man außerdem Ergebnisse der sozialpsychologischen Einstellungsforschung betrachtet, so zeigt sich, dass Einstellungen, die unter dem Syndrom der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit gefasst werden, gleichermaßen bei Frauen und Männern vorzufinden sind. Das heißt: Männer und Frauen sind in gleichem Maße rassistisch, antisemitisch, nationalistisch, antiziganistisch, sexistisch, homophob und feindlich gegenüber Menschen mit Behinderungen eingestellt oder nicht. Auf der Einstellungsebene finden sich keine geschlechtsspezifischen, signifikanten Unterschiede, bei manchen Phänomenen sind Einstellungen etwas häufiger bei Frauen, bei anderen bei Männern vorzufinden.

Darüber hinaus sind Entwicklungen in der letzten Zeit wie bspw. Die Schnittstellen von Anti-emanzipatorischen Gruppen zu rechtsextremen Gruppen nicht zu unterschätzen.

Auf der einen Seite ist es für uns also wichtig auch einen kritischen Blick auf „uns“ Frauen zu werfen, auf der anderen Seite ist die Auseinandersetzung mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und der Ideologie der Ungleichwertigkeit auch essentiell für die Verteidigung von emanzipatorischen Entwicklungen und von erreichten Erfolgen auf dem Weg zur Gleichstellung.

---